Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 246. **Donnerstag** den 3. September 1885. **79. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Auction.

Nächsten
Sonnabend, den 5. September dss. Js.
Vormittags 11 Uhr
sollen die auf dem Platze vor der 2. Bürgerschule lagernden 135 Granitsteinstücke in einer Gesammtlänge von 223.6 lfd. Meter an Ort und Stelle gegen **sofortige Bezahlung** und unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen **meistbietend** versteigert werden.

Leipzig, den 29. August 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Am 18. Juli d. J. wurden in der Katharinenstraße hier
26 Stück Coupons von 26 verschiedenen Actien der Oesterreichischen Local-Eisenbahngesellschaft
gefunden und beim unterzeichneten Polizei-Amte eingeliefert.

Der unbekannte Eigenthümer wird hierdurch aufgefordert, sich zur Empfangnahme derselben rechtzeitig zu melden, andernfalls darüber den Rechten gemäß verfügt werden wird.

Leipzig, am 1. September 1885.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. M.

Nichtamtlicher Theil.

Die Sendung Drummond Wolff's.

Das Geheimniß, welches den Auftrag Drummond Wolff's an den Sultan bisher umgab, ist jetzt offenbart: der Brief der Königin Victoria an Abdul Hamid giebt vollständigen Aufschluß über Englands Absichten. Beide Souveraine wollen danach ihre Bemühungen vereinigen, um den in Egypten bestehenden Verwickelungen ein Ende zu machen und einen Zustand aufzurichten, der den Rechten des Sultans Genüge leistet, der Bevölkerung Egyptens zum Heil gereicht und die Interessen Englands wie aller anderen Nationen berücksichtigt. Eine solche Sprache kann Niemanden verletzen und wird überall in Europa den besten Eindruck hervorbringen. Wäre die Regierung Englands niemals von dem hier bezeichneten Wege abgewichen, dann stünde es heute anders in Egypten, die Beschießung Alexandrias wäre unterblieben, und der Aufstand unter Arabi Pascha wäre im Einverständniß mit dem Sultan unterdrückt worden. Aber Englands Regierung betrachtete im Juli 1882 den Sultan als nicht vorhanden und schaltete in Egypten nach eigenem Ermessen in der willkürlichsten Weise. Die schmachvolle Politik, welche England seit drei Jahren bis zum Sturz des Ministeriums Gladstone in Egypten durchgeführt hat, ist noch so lebendig in Aller Erinnerung, daß wir sie als bekannt voraussetzen dürfen. Die Wirkungen dieser Politik traten aber bald genug zu Tage und zwar in einer Weise, welche England selbst den größten Schaden brachte. Gladstone wollte nur die Herrschaft über Egypten ausüben, aber nicht die damit verbundenen Lasten tragen; statt in Egypten Ordnung zu stiften, vermehrte er die Verwirrung und wirthschaftete so verkehrt, daß der Staatsbankerott die unausbleibliche Folge war. Ein fortwährender Kampf über die Grenzen der Befugnisse der egyptischen und der englischen Verwaltung legte die Regierung und Verwaltung Egyptens lahm, und die Eifersucht zwischen England und Frankreich wegen Ausübung der Finanzcontrole trieg es zu keiner durchgreifenden Aenderung der bestehenden Mißbräuche kommen. Dazu trat noch seit zwei Jahren der Aufstand im Sudan, für welchen England nutzlos Geld und Blut verschwendete, weil es der Gefahr nicht rechtzeitig begegnete, und so trat denn endlich das längst Erwartete ein, daß England sich nicht mehr zu helfen wußte und bei den europäischen Mächten Hilfe suchte, um die zerstoßene Ordnung der egyptischen Verhältnisse wieder herzustellen. Auf diese Weise kam die Nena-Millionen-Anleihe zu Stande, für welche England die Genehmigung des Sultans nachsuchen mußte.

Damit war der erste Schritt zur Anerkennung der Rechte der Türkei auf Egypten geschehen und die Brücke zur Wiederanknüpfung der seit dem Jahre 1882 zerrissenen Beziehungen zwischen der Türkei und Egypten geschlagen, eine Genugthuung für den beleidigten Sultan, wie er sie nur mit Freuden begrüßen konnte. Aber damit war das Maß der Demüthigung Englands noch nicht erschöpft, es folgte die Absendung eines außerordentlichen Gesandten an den Sultan, welcher diesen im Namen der Königin bat, alles ihm früher zugefügte Unrecht zu vergessen und im Verein mit England in Egypten wieder gesunde Zustände zu schaffen. Die englische Regierung nannte das den letzten Versuch, um mit der Türkei in ein leidliches Verhältniß zu kommen, während es doch offenbar der erste Versuch genannt werden sollte, der Türkei Das zu geben, was ihr zukommt.

Die Türkei hat noch vor acht Jahren ein sehr beachtenswerthes Zeichen ihrer Lebensfähigkeit gegeben, sie hat der gesammten Macht Rußlands gegenüber so tapfer Stand gehalten, daß Europa ihr seine Bewunderung nicht versagen konnte. Der Berliner Friede war die Anerkennung der Anstrengungen der Türkei, er wahrte den Besitzstand in der Weise, daß von der europäischen Türkei nur Bosnien und die Herzegowina losgetrennt und Bulgarien und Ostrumelien im Vasallenverhältniß zur Türkei verblieben. Rußland hatte es anders vorgehabt, der Friede von San Stefano vernichtete die Selbstständigkeit der Türkei und ließ ihr nur noch ein Scheindasein; dazu gab Europa seine Zustimmung nicht. Es ist bekannt, daß Rußland die Ausführung seiner Absichten auf die Vernichtung der Türkei nicht aufgegeben, sondern nur vertagt hat. Ein Theil der Presse glaubte deshalb der Zusammenkunft von Kremsier die Deutung geben zu sollen, daß dort eine Verständigung zwischen den Kaisern Alexander und Franz Josef über die Theilung der Türkei zu Stande gekommen sei. Die Vertreter dieses Gedankens ergänzten denselben dahin, daß Drummond Wolff den Auftrag habe, als Gegenschachzug ein Bündniß zwischen England und der Türkei zu Stande zu bringen, welches der englischen Flotte die Dardanellen öffnete. Gegen eine solche Gestaltung der europäischen Politik spricht die Thatsache des ungestörten Fortbestandes des Dreibundes der Mächte Rußland, Oesterreich und Deutschland, welcher auf der Grundlage des Berliner Friedens von 1878 ruht, und ferner der Inhalt des am 30. August veröffentlichten Schreibens der Königin Victoria an Abdul Hamid. Nicht ein Bündniß Englands mit der Türkei, welches seine Spitze gegen Rußland richtet, ist der Zweck der Sendung Drummond Wolff's, sondern die Anerkennung und Wiederherstellung der Rechte des Sultans in Egypten unter der Voraussetzung, daß der Sultan die türkische Armee zur Unterdrückung des Aufstandes im Sudan zur Verfügung stellt.

Unter diesen Umständen kann freilich von Aufrichtung der Schutzherrschaft Englands über Egypten nicht mehr die Rede sein, und das Erste, was unter regelmäßigen Verhältnissen geschehen müßte, wäre die Zurückziehung der englischen Truppen aus Egypten, es sei denn, daß der Sultan ausdrücklich seine Zustimmung zum Verbleiben derselben in Egypten gäbe. Das Zustandekommen des von England gesuchten Einverständnisses mit der Türkei wird von den Bedingungen abhängen, welche England stellt. Der Sultan setzt mit Recht den Nachdruck auf die strenge Achtung seiner Souverainetätsrechte über Egypten, also muß England, wenn es ohne Hintergedanken nach Konstantinopel gegangen ist, der Türkei die Führung in Egypten überlassen. Es darf freilich nicht außer Acht gelassen werden, daß England nicht durch die Ereignisse der Zeit von 1882 bis 1885 einfach einen Strich machen kann. Es ist viel englisches Blut im Sudan geflossen und viel englisches Geld für die Wiedereroberung dieses Landes verausgabt worden, es wäre also zu viel verlangt, wenn England jetzt Egypten räumen sollte. So weit wird auch der Sultan in seinen Ansprüchen nicht gehen; aber das kann er verlangen, daß ihm der Oberbefehl über die Streitkräfte übertragen wird, welche im Sudan operiren sollen, und ferner, daß die egyptische Regierung von den Fesseln befreit wird, welche England ihr angelegt hat, mit einem Wort, daß der Generalconsul Baring aufhört, im Namen der englischen Regierung über Egypten zu herrschen. England muß es sich gefallen lassen, auf die Stufe der Gleichberechtigung mit dem Sultan in Egypten herabzusteigen, und sich da, wo es früher gebot, darauf beschränken, seinen Rath zu ertheilen. Nur so läßt sich ein ersprießliches und der Dauer fähiges Verhältniß zwischen England und der Türkei in Egypten denken. Die Berathungen, welche demnächst in Konstantinopel ihren Anfang nehmen werden, müssen alsbald darthun, ob der Brief der Königin Victoria die alleinige Richtschnur für die Sendung Drummond Wolff's bildet, oder ob noch Nebenabsichten vorhanden sind, welche auch mit dem Schleier des Geheimnisses umkleidet sind. Nach der Meldung der „Agence Havas" über den Verlauf der Audienz Drummond Wolff's beim Sultan ist Egypten nicht der einzige Gegenstand des Gedankenaustauschs gewesen, das Telegramm läßt vielmehr durchblicken, daß Egypten nur nebensächlich Erwähnung gefunden hat. Ob diese Meldung mit der Wahrheit übereinstimmt, darf bezweifelt werden.

*

Leipzig, 3. September 1885.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt zu den preußischen Landtagswahlen: „Der September ist da, und damit werden die Vorbereitungen zu den Landtagswahlen bald eine ernstere und concretere Gestalt annehmen. Bis jetzt haben die Nationalliberalen fast allein die Kosten der Wahlunterhaltungen in der Presse tragen müssen. Merkwürdig genug scheint die nun seit mindestens fünf Jahren immer von Neuem todtgesagte Partei den Gegnern noch immer Kopfschmerzen zu machen, ja die Mannen des Herrn Richter stimmen mit dem Gefolge der „Kreuzzeitung" und der Centrumspartei überein, daß in erster Linie dieser „Leichnam" bekämpft werden müsse. Die Nationalliberalen bezifferen nicht erst dieses unfreiwilligen Zeugnisses für ihre Lebenskraft; das Gefühl derselben ist in ihren eigenen Reihen mächtig genug. Und noch weniger haben sie eine Veranlassung, sich vor den Feinden ringsum zu fürchten. Die einzige Bedingung ihrer Zukunft ist: richtige Taktik in der Gegenwart. Und diese Bedingung ist nicht schwer zu erfüllen; es gilt lediglich, selbstständig den eigenen Weg, wie er durch Tradition und Programme vorgezeichnet ist, fortzugehen. Wie immer, treten auch jetzt wieder die verschiedensten Zumuthungen, Verlockungen, Drohungen an die nationalliberale Partei heran. Von der einen Seite warnt man sie vor einem Bündniß mit den „Freisinnigen", von der andern vor einem solchen mit den Conservativen; dort räth man ihnen Anschluß nach rechts, hier Anschluß nach links. Es liegt einfach in der Natur der nationalliberalen Partei als einer Mittelpartei, daß sie weder den einen, noch den andern Rathgeber ganz befriedigen kann. Sie kann so allgemein hin weder Allem, was unter dem Banner des „Freisinns" einhermarschirt, den Krieg erklären, noch Allem, was sich conservativ nennt. Die officiöse und officiöse Presse des Herrn Eugen Richter überschüttet die Nationalliberalen mit Verunglimpfungen und Feindseligkeiten — das ist wahr. Nichtsdestoweniger ist es Thatsache, daß ein großer Theil der „freisinnigen" Partei dem radicalen Commando nur widerwillig folgt. Dazu gehören alle Diejenigen, die nur durch augenblickliche Verstimmungen oder sozusagen aus Verlegenheit in die Gefolgschaft des Herrn Richter gerathen sind. Man muß freilich annehmen, daß die am meisten hervorgetretenen Führer ihren Fehler nicht zugestehen und deshalb auch niemals zurückkehren werden; von den Geführten, von der großen Masse ist jedenfalls zu hoffen, daß sie bei geeignetem Anlaß den rechten Weg wiederfinden werden. Wäre es da nicht Thorheit von einer nüchtern rechnenden Partei, wenn sie mit allen diesen Elementen jede Fühlung zurückwiese, wenn sie dieselben geradezu gewaltsam in die unbedingte Opposition triebe und darin festhielte? Mehr als traurig müßte man es doch nennen, wenn ein großer Theil derjenigen Volksschichten, die man vorzugsweise als das Bürgerthum bezeichnet, der positiven Staatsarbeit auf die Dauer fernbliebe! Auf der anderen Seite kann die Gehässigkeit, mit welcher die „Kreuzzeitung" die Nationalliberalen befehdet, nicht unbeachtet bleiben. Aber Thatsache ist, daß die sogenannte Kreuzzeitungspartei zwar unter den Conservativen dermalen das große Wort führt, in Wahrheit aber ein recht kleines Häuflein zu ihren unbedingt Getreuen zählt. Der Tag wird kommen, da die große Masse der gemäßigten Conservativen sich von diesem extremen Flügel wieder abscheidet. Aber auch so lange dies nicht geschehen, ist die nationalliberale Partei nicht in der Lage, sich für den bevorstehenden Wahlkampf mit den „Freisinnigen" gegen die Conservativen schlechtweg zu verbünden. Man kann unmöglich Diejenigen auf Leben und Tod bekämpfen, mit denen man überzeugt ist, nach der so heiß angestrebten Gesundung unseres Parteiwesens positiv zusammenarbeiten zu müssen. Auch scheint uns schon unter der gegenwärtigen Constellation vom nationalliberalen Standpuncte aus ein gemäßigt Conservativer für die praktischen Aufgaben annehmbarer als ein Radicaler Richter'scher Observanz. Wir erinnern nur an die Eisenbahn- und Kirchenpolitik. Aus alledem ergiebt sich für die Nationalliberalen die einfache Wahltaktik. Im Allgemeinen rein selbstständiges Vorgehen, im Einzelnen ein wohlerwogenes elektisches Verfahren."

* In einigen Blättern finden sich bereits ganz genaue Angaben über den Zeitpunct des Wiederzusammentritts des Reichstags. Die Officiösen versichern dagegen, daß an maßgebender Stelle hiervon nichts bekannt ist, einfach, weil noch keinerlei Beschluß gefaßt worden ist. Ebensowenig wie die Angaben über die Eröffnung der Reichstagssession können die Mittheilungen über den Beginn der neuen Legislaturperiode des preußischen Landtags auf Zuverlässigkeit Anspruch machen. Auch in dieser Beziehung sind keinerlei definitive Dispositionen getroffen.

* Die Generalversammlung der Katholiken, welche zur Zeit in Münster tagt, scheint sich in sehr kampflustiger Stimmung zu befinden. Das bewies schon die Wahl des bekannten Parlamentariers Dr. Lieber zum ersten Präsidenten, eines Mannes, der an ultramontanem Eifer unter allen seinen Gesinnungsgenossen hervorragt. Dem entspricht denn auch der bisherige Verlauf der Sitzungen. Die Redner, insbesondere Herr von Schorlemer-Alst, nahmen wieder eine ganz besonders heftige Tonart an, und je energischer eine Kraftstelle ausfiel, um so stürmischer war der Beifall der Versammlung. Ueberaus bezeichnend ist es, daß mehrere Redner ausdrücklich die Rückberufung der Jesuiten forderten, was in der Versammlung die begeistertste Zustimmung fand. Die preußische Landtagsmahlbewegung ist damit von ultramontaner Seite würdig eingeleitet. Die „Kreuzzeitung" kann ihre Bundesgenossen wieder einmal von der schönen Seite kennen lernen.

* Ein katholischer Prediger hat, wie die „Kölnische Zeitung" erfährt, die Stirn gehabt, in der Ansprache bei Gelegenheit einer Glockenweihe in Saarlouis seinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß Saarlouis (welches bekanntlich von Ludwig XIV. gebaut worden ist) eine deutsche Stadt geworden sei, wie der Grund und Boden, auf welchem sie steht. Auf Ludwig XIV., den Mann, der Deutschland zu zerfleischen suchte, der das Elsaß raubte und eine halbe Million seiner Landeskinder, Protestanten, über die Grenze trieb, öffentlich in einer deutschen Stadt rühmend hinzuweisen und gleichzeitig hervorzuheben, daß über der deutschen Stadt Saarlouis nicht mehr „stolz und schirmend" die Tricolore weht, das ist — — stark, das ist, so bemerkt dazu die „Kölnische Zeitung", der ultramontane preußische Patriotismus.

* Dem Senate der Freien und Hansestadt Hamburg ist von dem Staatssecretair des Reichs-Postamts Dr. von Stephan das nachstehende Danksagungsschreiben mit Bezug auf den Besuch der Mitglieder der Internationalen Telegraphen-Conferenz in Hamburg zugegangen:

Der Senat der Freien und Hansestadt hat den der freundlichen Einladung zum Besuch Hamburgs gefolgten Mitgliedern der Internationalen Telegraphen-Conferenz einen wahrhaft glänzenden Empfang bereitet und in gastfreundlichster Weise für anregende Unterhaltung und Bewirthung der Gäste gesorgt. Die unter der sachkundigen Führung des Festcomités vor den Augen der Theilnehmer sich entrollende Pracht und fesselnde Eigenart der altehrwürdigen Hansestadt, das bewegte Bild des von unzähligen Schiffen belebten Stromes, die Schönheit der Umgegend, deren Reiz das prächtige Wetter noch erhöhte, vor Allem aber das herzliche Entgegenkommen der Bevölkerung, die gewinnende Liebenswürdigkeit der die Stadt vertretenden Herren und der Glanz der umfassenden Vorbereitungen und Veranstaltungen, Alles vereinigte sich, um die Theilnehmer in die angeregteste und fröhlichste Stimmung zu versetzen und darin zu erhalten.

Es drängt mich, dem Senat der Freien und Hansestadt, zugleich namens der Mitglieder der Internationalen Telegraphen-Conferenz, für die ehrenvolle Aufnahme verbindlichst zu danken und der Empfindung Worte zu leihen, daß die schönen Festtage in Deutschlands mächtigster Handelsstadt Allen, denen es vergönnt war, an dem Ausfluge Theil zu nehmen, unvergeßlich bleiben werden.

(gez.) v. Stephan.

* Die „Nahezeitung", fortschrittliches Organ für das Fürstenthum Birkenfeld und die angrenzenden Bezirke, welche auch als „Neunkirchener Tageblatt" herausgegeben wurde, kündigt an, daß sie mit dem 1. September nicht mehr erscheinen werde.

* Generallieutenant v. Faber du Faur, dessen am 30. v. M. in Wildbad erfolgten Tod wir gemeldet haben, wurde am 29. September 1819 zu Rastatt geboren und trat 1836 in württembergische Militairdienste. 1867 erfolgte die Ernennung zum Major und zunächst in provisorischer Weise zum württembergischen Militairbevollmächtigten in Berlin, in welcher Stellung er bis zu seinem Tode verblieb. 1882 erfolgte v. Faber's Ernennung zum Generallieutenant. Der Verstorbene hat die beiden Feldzüge von 1866 und 70/71 mitgemacht.

* An Stelle des zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Königsberg i. Pr. ernannten Senatspräsidenten v. Holleben ist der Senatspräsident Tessendorff vom Oberlandesgericht in Naumburg an das Berliner Kammergericht versetzt worden. Präsident Tessendorf ist eine den Berlinern wohlbekannte Persönlichkeit, da er von 1873—1879 erster Staatsanwalt beim dortigen Stadtgericht war. 1862 wurde Herr Tessendorff Staatsanwaltsgehülfe in Frankfurt a. d. Oder, 1864 Staatsanwalt in Burg und 1867 Staatsanwalt bei dem Stadt- und Kreisgericht in Magdeburg, von wo Ende 1873 seine Versetzung nach Berlin erfolgte. Bei der Justizorganisation vom 1. October 1879 schied Tessendorf auf seinen Wunsch aus der Stellung als Staatsanwalt aus und wurde, was als große Auszeichnung anzusehen war, Senatspräsident in Königsberg in Pr., von wo er sich erst im vorigen Jahre nach Naumburg versetzen ließ.

* Es scheint neuerdings wieder zweifelhaft geworden zu sein, ob die Auflösung des vor Zanzibar concentrirten Geschwaders schon in nächster Zeit zu erwarten steht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Kreuzer-Geschwader unter Befehl von Commodore Paschen in die Südsee geht; dagegen ist die Kreuzer-Fregatte „Bismarck" mit dem zukünftigen Chef für die ostasiatische Station, Contre-Admiral Knorr, an Bord für die chinesischen Gewässer bestimmt. Der bisherige Commandant des „Bismarck", Capt. z. S. Karcher, ist durch Cabinetsordre vom 27. August von dieser Stellung entbunden und Capt. z. S. Kuhn, der bisher im Marine-Departement das Decernat für Ausrüstungssachen hatte, zum Commandanten des genannten Flaggschiffes ernannt.

* * *

* Man schreibt uns aus Brüssel vom 1. September: In der Antwerpener Vorstadt Borgerhout hat es am Sonntag Abend eine wüste Prügelei zwischen Liberalen und Klerikalen gegeben. Die liberale Gesellschaft „Volksbond" hatte im „Rattenloch" ein großes Fest veranstaltet, zu welchem sich 4—500 Personen eingefunden hatten. Der Ball war in vollem Gange, als gegen 9 Uhr eine Bande von 3—400 Mann, Mitglieder der größtentheils aus Fleischern bestehenden katholischen Gesellschaft „Brezel's Haren" mit Stockhieben über die auch im Garten befindlichen Festtheilnehmer herfiel. Die Tanzenden wurden durch die Saalfenster mit Streichholzbüchsen und Biergläsern bombardirt, nachdem der Angriff auf die Eingangsthüre von einer Anzahl Mitglieder mit Erfolg wiederholt abgeschlagen worden war. Gegen 11 Uhr war es nicht mehr möglich Widerstand zu leisten. 2—300 Personen, meist Frauen und Kinder, konnten mit Leitern ein Nebenhaus erreichen; der Rest, der sich einen Durchgang durch die Angreifer erzwingen wollte, wurde in abscheulicher Weise zugerichtet. Einige 40 Personen wurden verwundet, darunter etwa 10 sehr schwer; ein junger Mann liegt tödtlich verletzt in einem Nachbarhause. Trotz vorheriger Benachrichtigung der Polizei von Borgerhout waren nur zwei Beamte zur Stelle, die natürlich nichts ausrichten konnten; sechs berittene Gendarmen erschienen erst gegen Morgen, als nicht mehr zu helfen war. Die Aufregung in Antwerpen ist ungeheuer und die Presse fordert strenge Untersuchung. — In dem liberalen Städtchen Philippeville ist es vorige Woche gleichfalls zu einem Zusammenstoß zwischen beiden Parteien gekommen. Eine ultramontane Musikgesellschaft wollte ein liberales Fest stören, mußte aber nach einer gehörigen Tracht Prügel abziehen. Auf die Kunde von dem Vorfall scheint die Gendarmerie in so brutaler Weise ein, daß der Bürgermeister und zwei andere Personen verletzt wurden und es leicht zu ernsteren Auftritten hätte kommen können.

* Am 10. September wird in Bern eine internationale Conferenz zum Schutze des literarischen Eigenthums (Ueberherrechts) stattfinden. Mit der Sache hat es folgende Bewandtniß: Da die bestehenden internationalen Literarconventionen vielfach von einander abweichen, so trat die im Jahre 1876 gegründete internationale literarische Gesellschaft auf ihrer Conferenz in Bern im September 1883 der Frage näher, welche gemeinsamen Bestimmungen angesichts der Gesetzgebung der einzelnen Staaten und der völkerrechtlichen Beziehungen zur Grundlage einer Vereinbarung über den internationalen Schutz des literarischen Eigenthums dienen könnten. Seitens der genannten Gesellschaft wurde alsdann ein diesbezüglicher Entwurf aufgestellt und dem schweizerischen Bundesrathe zugestellt. In Folge dessen richtete der letztere unter dem 3. December 1883 an alle civilisirte Staaten die Einladung, sich an einer diplomatischen Conferenz zur Förderung einer Vereinbarung über den internationalen Schutz des literarischen und künstlerischen Eigenthums zu betheiligen. Die Conferenz wurde am 8. September 1884 in Bern eröffnet und es nahmen an derselben folgende Staaten Theil: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, England, Italien, Belgien, Schweden und Norwegen, Haiti, die Niederlande und die Schweiz. Nachdem auf der Conferenz ein von den deutschen Vertretern (Geh. Legationsrath Reichardt, Geh. Oberregierungsrath Dr. Meyer, Geh. Oberpostrath und Professor Dr. Dambach) vorgelegtes Fragenschema, betreffend die Grundlagen, auf welchen die beabsichtigte internationale Vereinbarung zum Schutze des Urheberrechts an Werken der Literatur und der Kunst aufzubauen, in Berathung gezogen und in seinen Hauptzügen als annehmbar erklärt worden, kam nach eingehenden Verhandlungen eine vorläufige Vereinbarung zu Stande. Inzwischen haben sich die Regierungen mit dem betreffenden Entwurf einverstanden erklärt. Auf der bevorstehenden Conferenz, zu welcher der schweizerische Bundesrath die Regierungen bereits im April d. J. eingeladen hat, wird es sich um definitive Gestaltung der Convention handeln.

* Die Vorgänge, welche sich am 27. v. M. in Barcelona ereignet haben, geben — dortigen Privatnachrichten zufolge — den deutlichsten Beweis dafür, daß die Waffen, welche das spanische Ministerium aus der Karolinen-Angelegenheit zur Wiedererlangung seiner verlorenen Popularität für sich zu benutzen trachtete, sich nunmehr gegen die Urheber und deren Regiment selbst zu wenden beginnen. Es war ein gefährliches Unternehmen, in einer an sich rein geschäftlich zu behandelnden Angelegenheit die Volksleidenschaften wachzurufen. Nunmehr wird die spanische Regierung die Geister, welche sie muthwillig heraufbeschworen hat, nicht wieder los. Hatte schon die Demonstration, die am 23. v. M. in Madrid in Scene gesetzt wurde, einen rein republikanisch-französischen Charakter, so war derselbe noch mehr in der Kundgebung ausgeprägt, die sich wenige Tage darauf am 27. in Barcelona abspielte. An derselben betheiligten sich an 100,000 Menschen, welche sich vor dem Regierungsgebäude versammelten und auf demselben gewaltsam die spanische Fahne aufziehen wollten; man beschränkte sich nicht blos auf das Zertrümmern der Fenster. Welche Elemente bei diesem Tumulte eine führende und einflußreiche Rolle zu übernehmen gedachten, läßt sich am besten daraus erkennen, daß die Thür des Regierungspalastes mit Petroleum besprengt wurde und man allen Ernstes daran ging, Feuer anzulegen. Das Vorhaben konnte noch dadurch verhindert werden, daß der Gouverneur inzwischen Militair aufgeboten hatte, welchem es gelang, den Platz zu säubern. Ist es dabei auch nicht ohne Verwundete abgegangen, so hat doch das ernste Einschreiten der bewaffneten Macht die Ruhe in der Stadt wiederhergestellt.

* Es liegt, wie vor einiger Zeit berichtet wurde, im Plane des italienischen Marineministeriums, die zwei Divisionen der permanenten italienischen Geschwader demnächst auf drei zu vermehren, da in den sicilischen Gewässern große Schiffsmanöver abgehalten werden sollen. Das Ministerium wolle aus diesen bedeutende Vortheile für die Belehrung der Commandanten und Bemannungen ziehen und so würden diese Manöver im großartigsten Maßstabe ausgeführt werden. Damit Alles mit der größten Regelmäßigkeit vorgehe, wird in der Person des Admirals Saint-Bon ein Schiedsrichter aufgestellt. Es würde dies das erste Mal sein, daß man ein so starkes und zahlreiches italienisches Evolutionsgeschwader zusammen operiren sieht. — Briefliehen Nachrichten aus Rom zufolge ist bisher im dortigen Ministerium des Auswärtigen eine Bestätigung der Meldung, daß ein italienisches Kriegsschiff Port Johnes, an der Westküste von Zanzibar, occupirt habe, nicht eingetroffen. Auch gehen die dem gegenwärtig in den Gewässern von Zanzibar befindlichen Kriegsschiffe „Agostino Barberigo" seitens der Regierung ertheilten Instructionen dahin, lediglich

SLUB
Wir führen Wissen.